

Wege aus der multiplen Krise

Wie weiter?



Foto: Sascha Bachmann

Inhalt

Hintergrund

Strommarkt in Deutschland – 2 –
Globalisierung in der Krise – 3 –
Krankenhausversorgung – 4 –

In eigener Sache

Streit um Gemeinnützigkeit – 5 –
20 Jahre Attac Büro – 8 –

Kalender

Rück- und Ausblick – 6/7 –
Aktiv

Das Wandelsblatt – 9 –
Stoppt das Töten in der Ukraine – 9 –

Portrait

Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

Neues Bildungsmaterial – 11 –

Die Räumung von Lützerath ist nicht nur ein weiterer Rückschlag im Kampf gegen fossile Energien. Nein, hier wurde die 1,5 Grad-Grenze gerissen. Unter den Bedingungen des Kohle-Deals mit dem Energiekonzern RWE wird Deutschland die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens nicht mehr erreichen können. RWE steht dabei im Energiesektor beispielhaft für ein Wirtschaftssystem, in dem Konzerne und ihre Gewinnerwartungen weiterhin wichtiger sind als menschliches Überleben auf diesem Planeten. Im Mobilitätssektor sind es VW und Co, im Agrarsektor Bayer – Beispiele gibt es viele. Dass wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge von privaten in gesellschaftliche Hände übergehen müssen, wissen wir bei Attac. Im Januar haben wir deshalb den elitären »Energiegipfel« des Handelsblattes in Berlin gestört und mit dem »Wandelsblatt« unsere Vorstellungen für eine Energieversorgung im Dienste der Menschen umrissen.

Aber wie weiter? Wie kann eine Bewegung für radikalen sozial-ökologischen Umbau so in die Offensive kommen, dass sie die Politik zum Richtungswechsel zwingt? Die Umweltorganisation BUND hat die Bundesregierung auf Sofortprogramme im Sinne des Klimaschutzgesetzes verklagt – nachvollziehbar bei der skandalösen Verkehrspolitik der Ampel. Aber Klagen werden nicht reichen. Es braucht weiterhin direkten Widerstand gegen Klimakillerprojekte. Den dortigen Aktivist*innen gehört unsere Solidarität gegen den Versuch, sie zu kriminalisieren. Nicht Klimaaktivismus ist verbrecherisch – die Klimaterroristen sitzen woanders.

Während sich die Klimakrise zuspitzt, vertieft sich die soziale Spaltung weiter. Viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie über die Runden kommen sollen, doch die Vermögen der Reichsten wachsen munter weiter, und viele Konzerne und Banken fahren gewaltige

Übergewinne ein. Um das zu ändern, sind wir im Oktober im Bündnis »Solidarischer Herbst« auf die Straße gegangen. Auch hier braucht es weiter politischen Druck.

Und als sei das nicht genug, verunsichert uns alle der Krieg in der Ukraine. Wie der Krieg beendet werden kann, darüber gehen die Meinungen auch in Attac auseinander. In der öffentlichen Diskussion dominieren Positionen, die auf militärische Lösungen setzen. Wir haben uns am Jahrestag des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine an Aktionen des Bündnisses »Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen« beteiligt. In diesem Sinne werden wir uns weiterhin für vermehrte diplomatische Aktivitäten zur Beendigung des Krieges einsetzen.

Um Wege aus den Krisen zu finden, braucht es uns alle – bleiben wir gemeinsam dran!

Strommarkt in Deutschland

Rendite garantiert



Foto: Philip Eichler

Strommärkte haben zwei Besonderheiten. Sie sind zum einen an ein Netz gebunden. Auf der Angebotsseite bestehen so Netzmonopole, mit denen Monopolrenditen erzielt werden können. Zum anderen muss ins Stromnetz zu jeder Zeit genau so viel Strom eingespeist werden, wie entnommen wird, sonst bricht das Netz zusammen. Während auf anderen Märkten potenzielle Käufer*innen bei zu hohen Preisen auf den Kauf verzichten oder auf Alternativen umsteigen, ist dies auf dem Strommarkt nicht möglich. Wer zeitnah Strom braucht und über die Börse beziehen muss, muss jeden noch so hohen Preis dafür zahlen.

Ein Strommarkt ist in Deutschland erst in den letzten 25 Jahren entstanden. Heute besteht er aus überregionalen und regionalen Monopolbereichen und Bereichen, auf denen Wettbewerb herrscht. Es gibt rund 1,5 Millionen Anlagen zur Energieerzeugung, und 100 Stromlieferant*innen und 900 Unternehmen, die Netze betreiben. Das Übertragungsnetz im Hochspannungsbereich teilen sich 50Hertz, Amprion, TenneT und TransnetBW. Sie sind im Zuge der Entflechtung von Netz und Stromerzeugung aus den vier ehemaligen Monopolisten hervorgegangen. Vattenfall und E.ON haben ihr Netz verkauft. EnBW hat es lediglich in eine separate Tochter ausgelagert, das die Landesregierung aktuell teilprivatisieren will. RWE hat es in eine Gesellschaft ausgelagert, in der das Unternehmen einen Anteil von 25,1 Prozent hält. Das Beispiel RWE zeigt, wie sich ein Kon-

zern trotz formaler Entflechtung seine Marktmacht sichern konnte: RWE ist heute ein großer Energieerzeuger und ist am Netzbetreiber Amprion und vielen Stadtwerken beteiligt.

Private Stromkund*innen haben im Jahr 2000 im Schnitt rund 15 Cent, 2020 rund 32 Cent und im Sommer 2022 rund 33 Cent pro Kilowattstunde gezahlt. Im Februar 2023 kostete eine Kilowattstunde Strom für Neukund*innen 37,6 Cent. Dieser Betrag setzt sich grob aus drei Teilen zusammen: dem Preis für die Stromerzeugung (44 Prozent), den Netzentgelten (25 Prozent) und Abgaben und Steuern (insgesamt 31 Prozent). Die Preise für die Energieerzeugung werden dabei auf den Energiemärkten ausgehandelt. Netzentgelte werden von den Netzbetreibern festgelegt und von der Bundesnetzagentur genehmigt. Die Netzbetreiber dürfen die Entgelte so berechnen, dass sie ihr eingesetztes Kapital garantiert gut verzinst bekommen. Wenn sie effektiver als andere Netzgesellschaften arbeiten, dürfen sie dies als zusätzlichen Gewinn einstreichen. Kein Wunder also, dass sich institutionelle Kapitalanleger in Netzbetreiber eingekauft haben, um diese auf Jahre garantierte Rendite einzufahren.

Versorgungsunternehmen schließen auf der einen Seite Verträge mit ihren Kund*innen und garantieren ihnen Strom zu festen Preisen pro verbrauchter Kilowattstunde. Auf der anderen Seite kaufen sie Strom ein – teilweise über längerfristig laufende Verträge und teilweise sehr kurzfristig, beispielweise für den folgen-

den Tag. Letzteres geschieht vor allem an der Strombörse, wo das so genannte Merit-Order-Prinzip gilt: Wer Strom braucht, fragt nach; wer Strom liefert, macht ein Angebot. Erneuerbare Energien können sehr günstig angeboten werden; Strom aus Gas ist aktuell die teuerste Variante, gleichzeitig aber die flexibelste Art zur Abdeckung von Schwankungen bei Angebot und Nachfrage. Zu bestimmten Fristen werden Nachfrage und Angebot abgeglichen und alle Anfragen zu den Kosten des zuletzt zur Abdeckung benötigten Angebots bedient. Deshalb treibt ein hoher Gaspreis nicht nur die Kosten für Strom aus Gas hoch, sondern auch die Kosten für alle zur selben Zeit an der Börse gehandelten Stromarten.

Bereits vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine stiegen die Energiekosten kontinuierlich an. Der Krieg hat den Anstieg nur beschleunigt. Im August 2022 hatte sich der Strompreis an der Leipziger Strombörse im Vergleich zum Vorjahr um 551 Prozent erhöht. Aufgrund der wachsenden Nachfrage nach Kohlestrom gab es auch bei CO₂-Zertifikaten einen Anstieg von Bedarf und Preisen, was ebenfalls die Strompreise nach oben treibt. Für die Stromhändler*innen stellen sich die Folgen der Krise dabei sehr unterschiedlich dar. Während RWE am Stromhandel weiter verdient, sind andere in die Pleite geschlittert. Für Endverbraucher*innen steigen die Strompreise drastisch an. Das liegt nicht nur an den erhöhten Gaspreisen, sondern teilweise auch den Marktmechanismen wie dem Merit-Order-Prinzip.

Die Liberalisierung der Strommärkte war mit dem Versprechen verbunden, die Energiekosten für die Verbraucher*innen würden sinken, wenn sich nicht mehr öffentliche Unternehmen, sondern effizient arbeitende Privatunternehmen darum kümmern. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Preise sind nicht gesunken. Dafür ist der Stromsektor zur sicheren Kapitalanlage für institutionelle Anleger*innen geworden. Und geht es mal schief, muss der Staat eingreifen, um die Versorgung sicherzustellen. Da wäre es doch einfacher und günstiger, die Stromversorgung nicht dem Markt und den Profitinteressen zu überlassen, sondern gleich gesellschaftlich zu organisieren. Deshalb fordern wir: Stromkonzerne vergesellschaften!

Thomas Eberhardt-Köster ist Mitglied im Attac-Koordinierungskreis und beschäftigt sich in Attac unter anderem mit kommunaler Daseinsvorsorge und der Energiewende.

Globalisierung in der Krise

Wachsende Zweifel an der Demokratie

Zu Beginn jedes Jahres veröffentlichen mehr oder weniger unabhängige Forschungsinstitute ihre Berichte zur globalen Demokratieentwicklung. Dabei kommen sie zu teilweise unterschiedlichen Ergebnissen, insgesamt verzeichnen sie jedoch seit Jahren eine Zunahme antidemokratischer Tendenzen weltweit. Gemäß des Bertelsmann Transformation Index (BTI) gibt es erstmals seit 2004 wieder mehr autokratische Staaten (70) als solche, die den Ansprüchen an eine liberale Demokratie gerecht werden (67). In Letzteren leben zudem nur 20 Prozent der Weltbevölkerung. Dabei sind an dieser Stelle Demokratien gemeint, in denen Menschenrechte anerkannt werden und alle wenigstens formal vor dem Gesetz gleich sind.

Doch was sind die Hauptursachen für diese Entdemokratisierung? Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch globale Ereignisse wie die Finanzkrise 2008 und die folgende weltweite Rezession, sowie zuletzt durch die Corona-Pandemie, in deren Folge Defizite bei den staatlichen Leistungen und massive wirtschaftliche Einbrüche deutlich zutage traten. Die Analysen geben außerdem Hinweise auf eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung sowie darauf, dass Globalisierungsskepsis als Folge der in die Krise geratenen Globalisierung zunehmend auch mit einer Ablehnung der Demokratie einhergeht. Wer die wirtschaftliche Lage in seinem Land für schlecht hält, misstraut auch eher der Demokratie, und wer die Wirtschaft positiv sieht, ist auch mit der Demokratie eher zufrieden. Diese Spaltung zeigt sich nicht zuletzt auch im wohlhabenden Europa.

Parallel dazu sind in zahlreichen Ländern autoritäre Regierungen an die Macht gelangt und Demokratisierungsprozesse unterbunden worden. Dazu einige Beispiele:

- Der nicaraguanische Präsident Ortega sicherte sich 2021 die Macht in einer als Wahl bezeichneten Inszenierung, bei der zuvor die Kandidat*innen der Opposition weitgehend inhaftiert worden waren und zivilgesellschaftliche Institutionen ausgeschaltet wurden.
- Vor zwei Jahren putschte das Militär in Myanmar; fast 3000 Menschen kamen in der Folge durch die Militärjunta ums Leben. Auslöser war der drohende Verlust von Macht und Einfluss des Militärs nach den Wahlen 2020.



Foto: Philip Eichler

- Nach dem abrupten Abzug des Militärs der USA aus Afghanistan brach die gewählte Regierung in Kabul zusammen und gab den Weg für die Taliban frei, wodurch das Land zu einem System zurückkehrte, das der Demokratie, dem Pluralismus und der Gleichheit diametral entgegensteht.

Die Reihe derartiger Beispiele ließe sich fortsetzen. Gleichzeitig wird versucht, Demokratien von innen heraus zu destabilisieren, auch von skrupellosen Politikern, die es darauf anlegen, genau die Institutionen zu korrumpieren und zu zerschlagen, durch die sie an die Macht gelangt sind. Besonders eindrücklich war dies im vergangenen Jahr in den Vereinigten Staaten zu sehen, wo am 6. Januar 2022 randalisierende Anhänger von Donald Trump das Kapitol stürmten, um das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen zu kippen. Dieses Ereignis diente auch den rund 3000 gewalttätigen Anhängern von Brasiliens Ex-Präsident Bolsonaro als Blaupause, die am 8. Januar 2023 in Brasilia mit der gleichen Absicht in den Präsidentenpalast und in das Parlamentsgebäude eindrangen.

Vor allem China, aber auch Russland und andere autoritäre Länder haben im internationalen Zusammenhang an Macht und Einfluss gewonnen. Ihr Beispiel zeigt anderen Staaten, dass wirtschaftlicher Erfolg und internationale Kooperation auch ohne demokratische Strukturen im Inneren möglich sind. Diese Erkennt-

nis wird durch die opportunistische Haltung der EU und der USA verstärkt, für die Demokratie und Menschenrechte dann zweitrangig sind, wenn es um eigene Interessen wie Ressourcensicherung geht.

Im Kampf der Zivilgesellschaft gegen die brutale Autokratisierung, etwa im Iran, im Sudan, in Belarus oder in Myanmar, ist unsere solidarische Unterstützung gefordert. Diese wird aber auch dort gebraucht, wo soziale Bewegungen überfällige Reformen einfordern, wie in Chile oder in einigen osteuropäischen Ländern. In Deutschland und ähnlichen Ländern gilt es zu verhindern, dass die Folgen der gegenwärtigen Krisen zu weiterwachsender sozialer Ungleichheit führen und dadurch den rechtsextremen Bewegungen erneut der Boden bereitet wird.

Krisenbewältigung im Kapitalismus geschieht bisher stets mittels Wirtschaftswachstum; angesichts der ökologischen Krise ist dies jedoch nur noch eine sehr eingeschränkte Option. Damit die erforderliche ökologische Transformation sozial gerecht verläuft, muss auch die Wirtschaft demokratisiert werden. Dies wäre ein entscheidender Schritt, um die bisher halbierte Demokratie zu vervollständigen und dadurch auch wieder attraktiver zu machen.

Hermann Mahler ist Mitglied des Koordinierungskreises von Attac.

Verbesserung der Krankenhausversorgung

Reförmchen statt Revolution

Eine Revolution in der Krankenhausversorgung hatte Karl Lauterbach seit Wochen versprochen – herausgekommen ist ein »Reförmchen«, das keins der Probleme unserer Krankenhäuser an der Wurzel packt. Mit dem Vorhaben einer »drastischen Entökonomisierung des Gesundheitswesens« war der Bundesgesundheitsminister angetreten, doch die von der Regierungskommission erarbeiteten Vorschläge sind weder bedarfsgerecht noch ausreichend. Die Kommerzialisierung des Krankensektors wird damit nicht ausgehebelt. Deutlich wird: Die neoliberal ausgerichteten Gesundheitswissenschaftler*innen in der Regierungskommission haben die Vorschläge weitgehend geprägt. Obwohl die inzwischen weit verbreitete Kritik an der Krankenhausfinanzierung durch die Fallpauschalen (DRGs) vom Gesundheitsminister selbst aufgegriffen wurde (»Das DRG-System ist kaputt«), hält er nun jedoch mit den Reformvorschlägen weiter daran fest.

Sein Plan: Die künftige Krankenhausfinanzierung soll auf zwei Säulen stehen. Eine davon ist weiterhin das DRG-Fallpauschalensystem, das durch eine neu eingeführte Vorhaltefinanzierung ergänzt werden soll. Diese orientiert sich aber nicht an den tatsächlichen Kosten für die Vorhaltung von Ressourcen für unvorhersehbare Notsituationen wie Pandemien oder Großschadensereignissen. Stattdessen wird sie durch einen hoch komplexen Mix aus Bevölkerungszahl, Demographie, Qualitätskriterien (deren Messbarkeit ausgesprochen umstritten ist) und sogar aus den DRG-Fallzahlen errechnet. Es wird keine Möglichkeit ausgelassen, die Vorhaltekosten durch teilweise sehr zweifelhafte Faktoren wie ein noch gar nicht einschätzbares Ambulantisierungspotenzial stationärer Leistungen kleinzurechnen. So bleibt am Ende dieser geplanten Reform für jedes Krankenhaus der sicherste Weg zur Steigerung der Erlöse das Drehen an den Stellschrauben der DRG-Finanzierung. Die ökonomischen Anreize, Profite mit Gesundheit zu machen, bleiben bestehen. Damit kann von einer Entökonomisierung, wie Lauterbach sie vollmundig ankündigte, nicht annähernd die Rede sein. Im Gegenteil könnte sich die geplante Ambulantisierung als neues Geschäftsmodell erweisen und dazu führen, dass noch mehr Krankenhäuser vor allem im ländlichen Bereich schließen müssen. Eine sinnvolle



Foto: Jakob Migenda

Ambulantisierung könnten dagegen kommunale Versorgungszentren sein, die die Lücke zwischen Arztpraxis und Krankenhaus schließen würden und die für private Betreiber nicht zugelassen wären – mit ausreichender Personalausstattung, regionaler Planung und absolutem Gewinnverbot.

Ein wirkliches Ende der Kommerzialisierung der Krankenhäuser könnte leicht herbeigeführt werden. Wir fordern deshalb:

- dass sich Krankenhäuser am Gemeinwohl orientieren und keine Gewinne machen dürfen (ein solches Gewinnverbot bestand bis 1985),
- dass Krankenhäuser rekommunalisiert werden,
- dass die Finanzierung durch DRG-Fallpauschalen ohne Wenn und Aber abgeschafft wird,
- dass für alle Beschäftigten im Krankenhaus verbindliche Personalschlüssel gelten,
- dass alle Krankenhäuser tariflich gebunden sind,
- dass sich Krankenhäuser finanzieren, indem sie ihre Selbstkosten decken und gleichzeitig ihre wirtschaftlich sparsame Betriebsführung kontrollieren,

- dass die Krankenhausplanung im Sinne einer sektorenübergreifenden, detaillierten Bedarfsplanung demokratisiert und regionalisiert wird,
- und dass die Länder wieder die Investitionskosten tragen.

Diese Bedingungen fordern Attac und das von Attac mitgegründete Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik« seit Jahren. Krankenhausbehandlung muss wieder Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge werden und darf kein lukrativer Geschäftszweig gewinnorientierter Finanzkonzerne mehr sein.

Eine genauere Bewertung der Reformvorschläge hat das Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik« unter krankenhaus-statt-fabrik.de zusammengefasst. Dort findet sich auch die Erklärung des Bündnisses und acht weiterer namhafter gesundheitspolitischer Initiativen, in der eine echte Reform des Gesundheitswesens statt Etikettenschwindel gefordert wird.

Dagmar Paternoga ist Mitglied der bundesweiten Attac-Arbeitsgemeinschaft Soziale Sicherungssysteme und arbeitet seit der Gründung auch im Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik« mit.

Streit um unsere Gemeinnützigkeit

Bundesfinanzministerium verweigert Akteneinsicht



Foto: shutterandmelody.com

Welche Rolle spielte das Bundesfinanzministerium beim Entzug der Gemeinnützigkeit von Attac? Und was verraten die Akten über die Kommunikation zwischen dem Ministerium und dem Bundesfinanzhof (BFH), dem obersten deutschen Finanzgericht? Wichtige Fragen, bei deren Beantwortung das Bundesfinanzministerium mauert – trotz anderslautendem Gerichtsurteil.

Noch im Dezember sah es so aus, als habe die jahrelange Auseinandersetzung um Akteneinsicht ein Ende. Vier Stunden dauerte die Verhandlung vor dem Berliner Verwaltungsgericht. Dann gaben die Richter*innen Attac weitestgehend Recht und stellten fest: Das Finanzministerium muss Attac zahlreiche Dokumente übergeben, in denen es um den Entzug der Gemeinnützigkeit geht. Doch statt dem Spruch der Richter*innen zu folgen, hat das Ministerium nun Berufung eingelegt.

»Zwei Aktenordner hat das Bundesfinanzministerium mit dem ›Fall Attac‹ gefüllt. Trotzdem versucht es zu verschleiern, wie intensiv es die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac betrieben hat«, stellt Maria Wahle vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis fest. »Dass das Ministerium uns zwingt, den Zugang zu nahezu jedem einzelnen Dokument vor Gericht zu erstreiten, zeigt, wie wenig ihm

daran gelegen ist, sein Handeln offenzulegen – und das in einer Frage, die die gesamte kritische Zivilgesellschaft betrifft.«

Enge personelle Verflechtungen zwischen Ministerium und oberstem Finanzgericht

Im Frühjahr 2019, unmittelbar nach dem Urteil des BFH, beantragte Attac Akteneinsicht beim Bundesfinanzministerium. Grund war die pikante Erkenntnis, wie eng das oberste Finanzgericht und das Ministerium personell verflochten sind: Sowohl der damalige Gerichtspräsident Rudolf Mellinghoff als auch der für den »Fall Attac« zuständige Abteilungsleiter im Finanzministerium, Rolf Möhlenbrock, sitzen seit Jahren zusammen im Vorstand des »Institut für Steuern und Finanzen«. Der wirtschaftsnahe Lobbyverein tritt für die Senkung von Unternehmenssteuern ein. Im Gegensatz zu Attac gilt das Institut weiterhin als gemeinnützig. Dies alles verstärkte den Eindruck eines politisch motivierten Urteils.

Doch erst als Attac klagte, gab das Ministerium 2021 einige Schriftstücke heraus. Zentrale Dokumente blieben unkenntlich. Besonders interessant sind davon sogenannte Sprechzettel, die darüber Aufschluss geben, wie Ministeriumsvertreter*innen die Bundestags-

2014 erkannte das Finanzamt Frankfurt Attac die Gemeinnützigkeit ab mit der Begründung, das Netzwerk sei »zu politisch«. Eine erste Klage dagegen war erfolgreich. Doch das Bundesfinanzministerium zwang das Finanzamt, Revision vor dem Bundesfinanzhof zu beantragen. Dieser besiegelte 2019 mit einem in der Fachwelt viel kritisierten Urteil faktisch den Entzug der Gemeinnützigkeit von Attac.

Bereits wenige Wochen nach diesem Urteil des BFH entzogen Finanzämter weiteren Organisationen die Gemeinnützigkeit.

Anfang 2021 hat Attac Verfassungsbeschwerde eingelegt. Die Verhandlung darüber steht noch aus.

abgeordneten über den Entzug der Gemeinnützigkeit von Attac informierten. Das BMF hält diese Schriftstücke mit Verweis auf die Bundestags-Geschäftsordnung zurück. Das Berliner Verwaltungsgericht dagegen urteilte, dass das Recht auf Informationsfreiheit höher wiegt.

BFH-Präsident schickte Attac-Urteil »vertraulich« an Vereinsfreund im Ministerium

Wie berechtigt das ungute Gefühl angesichts der personellen Verflechtung zwischen Ministerium und Gericht ist, zeigen zugänglich gemachte Dokumente: So ließ BFH-Präsident Mellinghoff seinem Vereinsfreund Möhlenbrock im Ministerium das Attac-Urteil schon am Vortag der Veröffentlichung im Februar 2019 zukommen – versehen mit den handschriftlichen Vermerken »vertraulich« und »persönlich«. Attac erhielt das Urteil aber erst wenige Minuten vor Beginn der Pressekonferenz des BFH – und wurde damit um die Möglichkeit gebracht, selbst umgehend nach der Urteilsverkündung pressewirksam Stellung zu nehmen. Mellinghoff dagegen trat persönlich vor die Medien und begründete, warum Attac angeblich nicht gemeinnützig sein könne: Es mangle den Globalisierungskritiker*innen bei der politischen Bildung an »geistiger Offenheit«.

»Wir dagegen fragen uns, ob sich Finanzministerium und Bundesfinanzhof in der gebotenen geistigen Offenheit mit der Bedeutung gemeinnütziger kritischer Organisationen für die Demokratie befasst haben«, stellt Maria Wahle fest. »Die persönliche und politische Nähe zwischen zentralen Akteuren in beiden Institutionen, gepaart mit der Ungleichbehandlung der Prozessparteien, hat ein starkes Geschmäcke. Auch deswegen kämpfen wir weiter für Transparenz und die Herausgabe aller Akten.«

Frauke Distelrath ist Geschäftsführerin im Attac-Bundesbüro.



Attac erstreitet Akteneinsicht, Foto: shutterandmelody.com



Auf dem Weg zur Demo nach Lützerath, Foto: Attac

Rückblick

13. Dezember 2022

Gemeinnützigkeit:

Attac erstreitet Akteneinsicht

Das Bundesfinanzministerium (BFM) muss Attac Dokumente übergeben, in denen es um den Entzug der Gemeinnützigkeit von Attac geht. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin am 13. Dezember 2022 nach einer vierstündigen mündlichen Verhandlung entschieden. Mit der Informationsfreiheitsklage wollte Attac unter anderem Aufschluss über die Kommunikation zwischen dem Ministerium und dem 2019 in der »Causa Attac« verfahrensführenden Bundesfinanzhof (BFH) erhalten. Mehr dazu auf Seite 5.

22. Dezember 2022

Erbschaftssteuer:

Freibetragswildwuchs abschaffen!

Getrieben von der FDP und Bundesfinanzminister Lindner haben sich die Ampelkoalitionäre jüngst darauf verständigt, sich gegenüber den Ländern für eine Erhöhung der Freibeträge bei der Erbschaftssteuer einzusetzen. Lindner schwebt eine Anhebung um 25 Prozent als »Inflationsausgleich« vor. CDU/CSU fordern gar eine Erhöhung um satte 65 Prozent. Für Attac bedeuten diese Pläne eine eklatante Bevorzugung großer Vermögen. Gleichzeitig fordert Attac eine Vereinheitlichung der existierenden Freibetragsregelungen.

14. Januar 2023

Großdemo in Lützerath

Etwa 50.000 Menschen, darunter zahlreiche Attac-Aktive, beteiligten sich an der Demonstration »Gegen die Räumung – für Kohleausstieg und Klimagerechtigkeit« am Tagebau Garzweiler II und forderten einen sofortigen Stopp der Räumung Lützeraths und einen Kohleausstieg, der sich an der 1,5 Grad Grenze orien-

tiert. Tausende Demonstrierende verließen die Demoroute und gelangten trotz Polizeiketten bis hin zu dem Zaun, der Lützerath während der Räumung absperre. Die Polizei war mit einem unverhältnismäßigen Aufgebot vor Ort im Einsatz und setzte Wasserwerfer, Pfefferspray und Schlagstöcke ein, wobei zahlreiche Menschen verletzt wurden.

16. Januar 2023

Attac-Aktive blockieren Handelsblatt-Energiegipfel

Am Vormittag blockierten Aktivist*innen von Attac den sogenannten Energiegipfel des Handelsblattes im Berlin Congress Center. Unter dem Motto »Power to the People« forderten sie einen sozial- und klimagerechten Umbau der Energieversorgung sowie eine demokratische Kontrolle über die Nutzung und Erzeugung der Energie. Mehr dazu auf Seite 9.

17. Januar 2023

Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2023: Niedrigsteuerland für Superreiche

Zum zweiten Mal veröffentlichte das Netzwerk Steuergerechtigkeit, zu dem auch Attac gehört, das Jahrbuch Steuergerechtigkeit. Anhand von acht Indikatoren illustriert das Jahrbuch die größten Ungerechtigkeiten im deutschen Steuersystem. Es zeigt, wie Deutschland als Niedrigsteuerland für Millionäre dazu beiträgt, dass die Reichen trotz aller Krisen immer reicher werden.

17. Januar 2023

»Grundlegende Reform der Krankenhaus-Vergütung« ist ein Etikettenschwindel!

Im Dezember 2022 hatte Gesundheitsminister Karl Lauterbach seine Pläne für die »größte Krankenhausreform der letzten 20 Jahre« vorgestellt. Das Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik«, dem auch die Attac-AG Soziale Sicherungssysteme angehört, kritisiert die Pläne

scharf, denn eine »drastische Entökonomisierung« wird durch diese Vorschläge nicht zustande kommen. Mehr dazu auf Seite 4.

19. Januar 2023

Davos: Elitär, wirtschaftsnah und klimafeindlich – Attac kritisiert Weltwirtschaftsforum

Attac erneuerte seine langjährige Kritik gegen das Weltwirtschaftsforum (WEF), das vom 16. bis 20. Januar nach dreijähriger Unterbrechung wieder in Davos stattfand. Attac unterstützte darüber hinaus die dreitägige Protestwanderung von Küblis nach Davos. Die Protestwander*innen solidarisierten sich unter anderem mit dem Protest gegen Braunkohleabbau in Lützerath und kritisieren den Energiekonzern RWE, Partner des Weltwirtschaftsforums.

19. Januar 2023

Wir haben Krisenprofite satt!

Mit einem eigenen Block unter dem Motto »Freihandelswahn stoppen! Agrar- und Ernährungswende jetzt!« beteiligte sich Attac in Berlin an der Demonstration »Wir haben es satt!«. Organisiert wurde die Demonstration durch ein breites Bündnis aus mehr als 60 zivilgesellschaftlichen Organisationen. Mehrere Tausend Menschen demonstrierten für eine Agrar- und Ernährungswende, die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und consequenten Klimaschutz. Die Demonstration war ein erfolgreicher Start in das neue Jahr und ein vielfältiger Protesttag: mit vielen Traktoren, einem bunten Meer aus selbstgemachten Schildern, Bannern und kreativen Kostümen.

20. Januar 2023

Höchste Zeit für kollektive Arbeitszeitverkürzung!

Das Konzeptwerk Neue Ökonomie veröffentlichte in Zusammenarbeit mit der Attac AG



Blockade des Handelsblatt-Energiegipfels, Foto: Sascha Bachmann



Wir haben Krisenprofite satt!, Foto: Sascha Bachmann

ArbeitFairTeilen ein Dossier zur Arbeitszeitverkürzung. Darin schlagen die Autor*innen eine kollektive Arbeitszeitverkürzung auf 28 Wochenstunden und eine 4-Tage-Woche als einen Baustein für eine klimagerechte Arbeitstransformation vor. Das Dossier wurde zusammen mit Gewerkschafter*innen, Umweltbewegten, Wissenschaftler*innen und Feminist*innen erstellt. An der Veröffentlichung waren neben Attac auch das Institut Solidarische Moderne, die Initiative sanktionsfrei und 350.org beteiligt.

30. Januar 2023

Kein »Weiter so« – EU-Mercosur-Abkommen muss gestoppt werden

Anlässlich der Reise des Bundeskanzlers Olaf Scholz nach Chile, Argentinien und Brasilien bekräftigte Attac seine Kritik an dem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten. Auch wenn die EU und die vier Mitgliedsländer des südamerikanischen Wirtschaftsraumes, Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, sich schon Ende Juni 2019 auf eine »politische Einigung« verständigt hatten, ist das Abkommen noch nicht ratifiziert. Seitdem arbeiten die beiden Wirtschaftsblöcke an einer gemeinsamen Erklärung, in der sie ihre Handels- und Umweltverpflichtungen darlegen wollen. Attac fordert die Bundesregierung auf, das Abkommen zu stoppen und sich für einen kompletten Neustart der wirtschaftlichen Beziehungen einzusetzen.

24. – 26. Februar 2023

Aktionswochenende »Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!«

Anlässlich des Jahrestages des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine veranstaltete das Bündnis »Stoppt das Töten in der Ukraine« ein bundesweites Aktionswochenende. Als Teil des Bündnisses rief

auch Attac zu den Aktionstagen auf, wobei sich viele Aktive überall im Land beteiligten. Mit gewaltfreien und vielfältigen Protesten folgten Tausende Menschen dem Aufruf und trugen ihre Solidarität und den Protest gegen Aufrüstung und Krieg entschlossen auf die Straßen.

01. – 02. März 2023

Attac geht in Berufung – Verbot des G20-Camps rechtswidrig

Knapp zweieinhalb Jahre nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Hamburg, das die zeitweilige Verhinderung und die Beschränkungen des G20-Protestcamps in Hamburg bestätigte, geht Attac in nächster Instanz in Berufung und will klarstellen, dass Camps von der Versammlungsfreiheit gedeckt sind und einen unentbehrlichen Bestandteil von Protesten darstellen. Denn Camps ermöglichen weit angereisten Aktivist*innen überhaupt erst die Teilnahme an mehrtägigen Aktionen. Zu Redaktionsschluss war der Ausgang des Berufungsverfahrens noch nicht bekannt.

03. März 2023

Globaler Klimastreik von Fridays for Future

Fossile Infrastruktur wie LNG-Terminals werden in kürzester Zeit umgesetzt, während der Ausbau der erneuerbaren Energien immer noch stoppt, Klimaziele von Ministerien gebrochen und keine ausreichenden Pläne zur Einhaltung der Klimaziele vorgelegt werden. Obwohl Emissionen dringend notwendig schnellstmöglich reduziert werden müssten, wurde Lützerath im Januar 2023 abgerissen, um weiterhin Kohle zu verbrennen. Dies macht einen gerechten Beitrag Deutschlands zum Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen unmöglich. Mit weltweit Hunderttausenden gingen Aktivist*innen von Attac auf die Straße und forderten mehr Klimagerechtigkeit und konsequenten Handeln der Politik.

Ausblick

01. – 02. April 2023

Attac Frühjahrsratschlag

Der erste Ratschlag des Jahres findet in Frankfurt am Main statt und fokussiert sich auf das Fortschreiben des Attac-Erneuerungsprozesses, die Energiekrise und die Neuwahlen der Attac-Gremien.

attac.de/ratschlag/fruehjahrsratschlag-2023

Axel Troost wird uns fehlen

Wir sind tief betroffen vom Tod unseres Attac-Mitglieds und Mitstreiters Axel Troost.

Axel war ein unideologischer Linker, der unsere Diskussion um eine gerechtere Welt und den notwendigen sozial-ökologischen Umbau mit seinem großen ökonomischen Sachverstand bereichert hat. Axel war engagiert und interessiert, kritisch und solidarisch, zugewandt und humorvoll.

Axel hat sich als Vorstandsmitglied des Instituts für Solidarische Moderne unter dem Motto »Wir sind alle Attac« intensiv für den Erhalt der Gemeinnützigkeit von Attac eingesetzt. Im Herbst 2022 haben wir bei der gemeinsamen Vorbereitung der Vergesellschaftungskonferenz in Berlin zum letzten Mal sein warmherziges und verbindliches Engagement erlebt und geschätzt.

Axel, du wirst uns und der gesamten emanzipatorischen Linken fehlen.

20 Jahre Attac-Büro in Frankfurt

Im Herzen der »Bestie«



Das erste Team des Attac-Büros bei der Eröffnung, Foto: Attac

»Gehst du dran oder geh' ich dran?« Im Januar 2003 klingelte das erste Mal während der Geschäftszeiten ein Telefon in den Räumlichkeiten des neu eröffneten Attac-Bundesbüros. Beide anwesende Mitarbeiterinnen wussten, dass sie noch niemandem mit egal welchem Anliegen würden weiterhelfen können. Schließlich war es ihr erster Tag bei Attac, diesem jungen globalisierungskritischen Netzwerk, ursprünglich 1998 in Frankreich, 2000 dann auch in Deutschland gegründet. Zu Beginn waren die noch überschaubaren administrativen Aufgaben ehrenamtlich von einigen Aktivist*innen und Mit-Gründer*innen von Verden an der Aller aus organisiert worden. Doch nach den Gipfelprotesten von Genua 2001 ließ sich dem explosionsartig gestiegenen Interesse an globalisierungskritischem Aktivismus auf ehrenamtlicher Ebene nicht mehr gerecht werden. Ein hauptamtlich besetztes Büro sollte her – doch wohin?

Nach vielen Diskussionen einigte man sich auf den Standort Frankfurt: aus dem ganzen Land für Aktivist*innen gut zu erreichen, am Finanzplatz Frankfurt, ohne zu große Konkurrenz um öffentliche Aufmerksamkeit, wie es in Berlin der Fall gewesen wäre. Bis heute hilft ein Blick aus dem Fenster häufig weiter, falls kurz in

Vergessenheit gerät, warum Attac so wichtig ist: Kaum irgendwo in Deutschland manifestiert sich soziale Ungleichheit so augenfällig wie im Frankfurter Bahnhofsviertel zu Füßen der glitzernden Bankentürme. Themen wie Gentrifizierung sind in einer Stadt Teil des Alltags, in der eine Wohnung ohne Weiteres eine Million Euro kostet, während die Wohnungslosen in der zugehörigen Einfahrt der Tiefgarage Schutz suchen.

Nicht nur symbolisch, sondern auch aus aktivistischer Sicht hat sich Frankfurt inzwischen als gute Wahl erwiesen. Viele Aktionen mit Finanzmarktbezug konnten vom Büro aus gut unterstützt werden, wie die spektakuläre Verhängung der Dax-Tafel während der Finanzkrise 2008 und andere Aktionen rund um die Börse oder die Blockupy-Proteste. Und auch bei der Besetzung der Paulskirche bot das Büro in Frankfurt einen logistischen Vorteil.

Ursprünglich wurde das Büro mit zehn Hauptamtlichen besetzt, doch mit Attac wuchs auch der hauptamtliche Bedarf. An der klaren Definition der Rolle des Büros änderte sich dabei nichts: Nach wie vor erfüllt das Büro die Rolle eines Dienstleisters für die Aktiven. Die gewählten Vertreter*innen des Koordinie-

rungskreises übernehmen dabei die Rolle des Arbeitsgebers.

Zurzeit arbeiten über zwanzig Menschen hauptamtlich für Attac; die meisten davon in Teilzeit. Dabei gliedert sich das Büro in die Bereiche Geschäftsführung, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionsunterstützung, Kampagnen, Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Gruppenunterstützung, Fundraising, Bildung, Veranstaltungskoordination und IT. Jeder dieser Bereiche unterstützt dabei ganz konkret Attac-Aktive in ihrem Engagement und übernimmt die Aufgaben, die ehrenamtlich nicht zu bewältigen wären. Wie wunderbar dabei die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt im Idealfall funktionieren kann, lässt sich nicht nur bei zentralen Ereignissen wie den G20-Gipfelprotesten in Hamburg 2017, bei der IAA 2021 oder bei der diesjährigen Wandelsblatt-Aktion erleben, sondern auch bei Aktionen, die dezentral von Gruppen vor Ort durchgeführt werden. Viele von ihnen wenden sich mit unterschiedlichem Unterstützungsbedarf ans Büro; sei es, um Konflikte in der Gruppe zu bearbeiten, sei es, weil Geld fehlt, um eine tolle Veranstaltung vor Ort umzusetzen, sei es, weil es buchhalterische Fragen gibt oder eine neue Gruppe gegründet werden soll. Für all diese Anliegen bietet das Büro eine Anlaufstelle. Und die bundesweiten Arbeitsgemeinschaften oder Projektgruppen werden auf Wunsch in ihrem Engagement von den Kampagnen- und Aktions-Kolleg*innen unterstützt. Der Veranstaltungs- und Bildungsbereich schließlich hilft dabei, politische Bildung so im Netzwerk zu verankern, dass immer mehr Menschen sich überhaupt zutrauen, sich politisch zu engagieren.

Natürlich knirscht es an der Schnittstelle zwischen Haupt- und Ehrenamt auch gelegentlich; die Herangehensweisen an Attac unterscheiden sich auf beiden Seiten häufig erheblich. Doch in den vergangenen zwanzig Jahren haben sich dabei viele sehr hilfreiche Kompromisse herauskristallisiert, haben sich Aktivist*innen und Hauptamtliche viel gegenseitiges Verständnis erarbeitet. Das hilft heute allen in Attac, und darauf können wir zurecht stolz sein!

Jule Axmann arbeitet im Attac-Bundesbüro in der Öffentlichkeitsarbeit und im Fundraising. Als erste Mitarbeiterin konnte sie im Januar ihre zwanzigjährige Bürozugehörigkeit feiern.

Mehr: link.attac.de/buero

Für eine demokratisch organisierte Energie der Zukunft!



Foto: Sascha Bachmann

Beim »Handelsblatt Energiegipfel 2023« in Berlin diskutierten am 16. Januar Spitzenvertreter*innen der Energiewirtschaft und Politiker*innen gemeinsam über die Zukunft der Energieversorgung. Die Zivilgesellschaft blieb bei dieser Privatveranstaltung außen vor.

Attacies wollten mitreden und haben zu diesem Anlass das Handelsblatt kurzerhand zum Wandelsblatt, der Zukunfts- und Hoffungszeitung, gemacht. Außerdem boten sie in einem Pavillon vor dem Veranstaltungsort, dem Berlin Congress Center, eine für alle Interessierten offene Diskussion zur »Energie der Zukunft« an.

Nach dem Ende der Veranstaltung beschlossen einige Aktivist*innen von Attac spontan, den Zugang zum »Gipfel« zu blockieren. Zeitgleich kletterte eine Kleingruppe auf ein benachbartes Dach und entrollte dort ein großes Banner, auf dem zu lesen war »Power to the People – Fossillobby entmachten«. Unter dem Motto »Power to the People« forderten die Blockierer*innen einen sozial- und klimage-rechten Umbau der Energieversorgung sowie eine demokratische Kontrolle über die Nutzung und Erzeugung der Energie. Zentrale Bereiche der Energiewirtschaft sollen dafür vergesellschaftet werden. Thematisiert wurde dabei auch der elitäre, undemokratische Charakter des Events, bei dem Konzernvertreter*innen mit Wirtschaftspolitikern*innen über die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland beraten – mit ausschließlich denjenigen, die sich Ticketpreisen von fast 3000 Euro leisten können.

»Während in Lützerath gerade das 1,5-Grad-Ziel den Profitinteressen von RWE geopfert wird, versucht die Fossillobby, sich bei diesem sogenannten Energiegipfel grün zu waschen. Der fossile Lock-In soll als Sicherung der Energieversorgung verkauft werden. Statt ihrem

exklusiven Eliten-Talk brauchen wir einen ganz anderen Energiegipfel, bei dem die Menschen und das Klima im Mittelpunkt stehen und echte Alternativen angegangen werden«, sagte Carmen Junge vom Attac-Koordinierungskreis.

Bereits ab dem frühen Morgen hatten Attac-Aktive ihr eigenes »Wandelsblatt« in Berlin und in vielen anderen Städten Deutschlands verteilt. In der Zeitung im Stil des Handelsblatts mit einer Auflage von 10.000 Stück findet sich die Vision von Attac von einer Energiewende in Bürger*innenhand: Neben dem schnellen Ersatz fossiler Energien durch erneuerbare braucht es dafür einen Fixpreis für die Grundversorgung von privaten Haushalten mit Strom und Gas. Im Gegenzug soll verschwenderisch hoher Verbrauch progressiv höher besteuert werden. Um eine demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung über die Nutzung der knappen Ressource Energie sicherzustellen, sind eine Vergesellschaftung des Energiesektors und eine Offenlegung der Energieverbräuche in der Wirtschaft notwendig.

Nachlesen lassen sich die Inhalte des Wandelsblatts auch unter wandelsblatt.com im Netz.

Stoppt das Töten in der Ukraine!

Aus Anlass des ersten Jahrestags des Überfalls Russlands auf die Ukraine rief Attac gemeinsam mit zahlreichen Friedensorganisationen für das Wochenende vom 24. bis 26. Februar zu gewaltfreien und vielfältigen Protesten auf. Gefordert wurde ein Ende der Gewaltspirale und verstärkte Anstrengungen für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.

Unter der Überschrift »Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen« erklärte das Bündnis im gemeinsamen Aufruf: »Wir verurteilen nachdrücklich den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der seit dem 24. Februar 2022 zu hunderttausenden Toten und Verletzten sowie Millionen Geflüchteten geführt hat. Abertausende von weiteren Menschen drohen diesem Krieg zum Opfer zu fallen. Der Schatten

eines Atomkrieges liegt über der Welt. Dieser Krieg, wie alle anderen, konterkariert außerdem den Kampf gegen die Klimakrise. Es ist die Verantwortung und Pflicht der Staaten und Völker, der Gewalt Einhalt zu gebieten.

Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine. Wir erkennen ihr Recht auf Selbstverteidigung an. Wir stehen an der Seite derer, die die Logik des Krieges durchbrechen wollen, zum Beispiel durch zivilen Widerstand, gewaltfreie Aktionen, Desertion oder Kriegsdienstverweigerung. Alle Menschen, die sich dem Krieg entziehen möchten, müssen Schutz durch humanitäre Visa und Asyl finden.«

Gemeinsam mit Attac forderte das Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen bei den Protesten diplomatische Initiativen seitens der Bundesregierung, EU, UN und OSZE für einen

Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unter Einbeziehung aller relevanten Akteure sowie den Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine. Eine weitere Eskalation bis hin zu einem Atomkrieg müsste verhindert werden. Vielmehr sollte der UN-Atomwaffenverbotvertrag endlich auch von den Atommächten unterzeichnet werden.

»Krieg bedeutet Tod, Gewalt, Flucht, Vergewaltigung und Folter für die unmittelbar Betroffenen. Er bedeutet auch Nahrungsmittelknappheit, Hunger und Armut für die mittelbar Betroffenen, vor allem im Globalen Süden. Eine Erhöhung der Rüstungsausgaben, militärische Sondervermögen, Drohungen und weitere Eskalation dürfen keine Antworten darauf sein«, hieß es in dem gemeinsamen Aufruf.



Menschen in Attac

Glückliche Zufälle



Christa (rechts) vor dem Berliner Verwaltungsgericht, Foto: shutterandmelody.com

Christa Leibling, 70, ist Soziologin und nun Rentnerin. Man trifft sie regelmäßig nicht nur bei Attac-Aktionen in Berlin, sondern auch in verschiedenen inhaltlich arbeitenden Attac-Zusammenhängen. Wir haben uns mit ihr über ihr Engagement unterhalten.

Christa, welcher Weg hat dich zu Attac geführt?

Als junge Erwachsene bin ich nach Berlin gekommen, weil mich die Großstadt und die hiesige Uni gereizt haben. Dort habe ich Soziologie studiert und – wie mir viele vorausgesagt haben – es wurde nach dem Studium schwierig, eine feste Stelle zu finden. In den ersten zwölf Jahren meines Berufslebens habe ich rund fünfzehn Arbeitsstellen durchlaufen, häufig mit Zeitvertrag, unfreiwilliger Teilzeit, als Honorarkraft oder auch in einer »Arbeitsbeschaffungsmaßnahme«, weil ich eine Zeit lang arbeitslos war. Diese prekären Arbeitsverhältnisse haben dazu geführt, dass ich Ende der Siebzigerjahre in die Gewerkschaft eingetreten bin und mich dort engagiert habe – auch gegen die Frauenbenachteiligung im Beruf, das ist damals noch auf manchen Widerstand gestoßen. Nach der Wiedervereinigung wurde die ÖTV-Berlin [Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr] auch für Ostberlin zuständig und sie suchte Gewerkschaftssekretär*innen. So war ich dann 25 Jahre lang bei der ÖTV beziehungsweise später bei Verdi Gewerkschaftssekretärin. Das

habe ich sehr gerne gemacht – habe auch häufig über interne Missstände geflucht. Aber ich sage immer, wenn ich nicht mehr fluche, ist mir die Arbeit so egal, dass ich sie nicht mehr verbessern will – und mit dieser Gleichgültigkeit wäre ich fehl am Platz. So geht es mir auch bei Attac übrigens manchmal. [lacht] Im Jahr 2012 ging ich in Rente und hatte erst Angst, in ein tiefes Loch zu fallen. Ich war völlig erstaunt, dass dieses Loch mir gefallen hat und ich gut mit der neuen Situation klar kam. Ich muss aber dazu sagen, dass ich sozial gut eingebunden bin, ich habe ein schönes Zuhause und einen tollen Mann, ich habe viele Freund*innen, ich bin materiell abgesichert, ich habe gesundheitlich keine größeren Probleme – also alles in allem eine komfortable Situation. Diese ermöglichte es mir, mich nach einem neuen Feld umzusehen, auf dem ich mich politisch engagieren kann – so bin ich bei Attac gelandet.

Unter allen Möglichkeiten, dich zu engagieren, ist es also Attac geworden. Warum?

Parteilpolitik konnte ich mir nicht vorstellen, weil mir die Spielräume dort zu eng sind. Ich hatte zu Beginn keine konkrete Vorstellung, was Attac ist. Mir war nur klar, dass Attac für mich – mit meinem immer vorhandenen allgemeinen Gerechtigkeitsgefühl – das Richtige sein könnte. Als ich dann in die Berliner Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern einstieg, lag mir sehr am Steuerthema; Steuern

waren für mich so ungerecht, und sie öffneten die soziale Schere weiter. Ich hielt Steuern für einen guten Hebel, um die Welt besser zu machen. Auch mit der Frage, welche Rolle Finanzmärkte in der Politik, im Weltgeschehen und bei der Globalisierung spielen, haben wir uns beschäftigt. Dabei war auffällig, wie wenig Politik Finanzmärkte und Steuern regelt, um sie an den Bedürfnissen der Bevölkerung und des Gemeinwohls auszurichten – das tut sie ja bis heute nicht.

Ich hätte mich natürlich auch in anderen Organisationen engagieren können. Es war ein gewisser Zufall, dass es Attac geworden ist.

Na, zu unserem Glück! [lacht] Und wie sieht dein Engagement für Attac heute aus?

Nach rund sieben Jahren in der Arbeitsgruppe, in der wir sowohl auf theoretischer Ebene versucht haben, bestimmte Entwicklungen nachzuvollziehen, als auch mit Aktionen wie »Apple, zahl deine Steuern!« oder Infoständen auf die Straße gegangen sind, versuchte ich über das Frankfurter Büro herauszufinden, ob Attac mit dem Berliner »Wer hat, der gibt«-Bündnis schon Kontakt hat. Aber wenn man bei euch mal nachfragt und den kleinen Finger reicht, nehmt ihr ja gleich die ganze Hand [lacht]. Ich bin so über Jakob [Migenda, Campaigner im Attac-Bundesbüro, Anm. d. Red.] bei der »Wer zahlt?«-Kampagne gelandet und fand mich auf einmal auch mitten in der Renten-Projektgruppe, die die Lindner'sche Aktienrente ablehnt, wieder – mein Leben besteht aus vielen Zufällen, zu denen ich jeweils »Ja« gesagt habe. Seit einem Jahr verrete ich meine Arbeitsgruppe auch im Berliner Attac-Plenum. Ich bin zurzeit manchmal stärker eingebunden, als mir lieb ist. Und wenn Attac meint, wir brauchen für eine Aktion in Berlin noch Leute, dann stehe ich – selbst als passionierte Langschläferin – auch mal um acht Uhr morgens vorm Berliner Verwaltungsgericht. Ansprechen sollte man mich um die Uhrzeit allerdings nicht [Gelächter].

Letzte Frage: Was wünschst du Attac für die Zukunft?

Ich merke oft, dass wir eine ungeheure Expertise haben, wie es anders, besser sein könnte und sollte, und wir haben sehr gute Argumente. Wenn man dann sieht, wie weltweit alles in die falsche Richtung läuft, kann ich uns nur wünschen, dass Attac einflussreicher wird.

Ökonomische Alphabetisierung

Attac veröffentlicht Bildungsmaterial im Wochenschau-Verlag



Großkonzerne und ihre Lobbyorganisationen fluten die Schulen mit kostenlosen Materialien und anderen Bildungsangeboten. Dem setzt Attac seit 2015 eigene Bildungsmaterialien für Schulen und die außerschulische Bildungsarbeit entgegen, die kritische Sichtweisen auf wirtschaftliche Prozesse und Alternativen ins Zentrum rücken. Nun ist ein aktualisiertes, 270 Seiten starkes Best-of im Wochenschau-Verlag erschienen.

Mit aktivierenden Methoden, kooperativen Lernformen und didaktischen Hilfestellungen sollen Menschen mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen gestärkt werden, politisch-ökonomische Prozesse zu verstehen und sich an ihrer demokratischen Gestaltung zu beteiligen. Themen sind unter anderem Arbeit und Kapital, globale Arbeitsverhältnisse, Gemeingüter, Finanzmärkte, Handelspolitik, Klimagerechtigkeit sowie Steuerpolitik und soziale Gerechtigkeit.

Das Material ist an einer bundesländer- und schulformübergreifenden Lehrplananalyse orientiert. So kann es gut im Unterricht eingesetzt werden und füllt zugleich wichtige Leerstellen. Denn wirtschaftliche Fragestellungen werden darin nicht isoliert betrachtet, sondern mit Ökologie, Geschlecht, Migration und Demokratie verknüpft. Die Aktivitäten und Arbeitsblätter wollen niemanden indoktrinieren, sie machen Lernangebote, eröffnen bestimmte Perspektiven und laden zur Diskussion ein. Zur Kontroversität – einem zentralen Grundsatz der schulischen Politikdidaktik – trägt das Material gerade dadurch bei, dass es hegemoniale Deutungen mit Alternativen konfrontiert und diese Agenda offenlegt. Eine andere politisch-ökonomische Bildung ist möglich. Jetzt braucht es kritische Bildungsarbeiter*innen, die das Buch für 32,90 € im Attac Webshop oder per Mail an bildung@attac.de bestellen und im Unterricht oder anderen Bildungskontexten einsetzen. Bitte weiter-sagen!

entiert. So kann es gut im Unterricht eingesetzt werden und füllt zugleich wichtige Leerstellen. Denn wirtschaftliche Fragestellungen werden darin nicht isoliert betrachtet, sondern mit Ökologie, Geschlecht, Migration und Demokratie verknüpft. Die Aktivitäten und Arbeitsblätter wollen niemanden indoktrinieren, sie machen Lernangebote, eröffnen bestimmte Perspektiven und laden zur Diskussion ein. Zur Kontroversität – einem zentralen Grundsatz der schulischen Politikdidaktik – trägt das Material gerade dadurch bei, dass es hegemoniale Deutungen mit Alternativen konfrontiert und diese Agenda offenlegt.

Eine andere politisch-ökonomische Bildung ist möglich. Jetzt braucht es kritische Bildungsarbeiter*innen, die das Buch für 32,90 € im Attac Webshop oder per Mail an bildung@attac.de bestellen und im Unterricht oder anderen Bildungskontexten einsetzen. Bitte weiter-sagen!

Holger Oppenhäuser koordiniert die Erstellung von Bildungsmaterialien im Attac-Bundesbüro. Bestellungen online unter attac.de/shop, telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Bestellungen online unter attac.de/shop, telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler

Vi.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Energiewende jetzt!

Acht Windräder mussten im Oktober in Garzweiler dem Tagebau weichen – deutlicher hätte der RWE seine Prioritäten nicht machen können. Ganz im Sinne rückwärtsgewandter Energiepolitik gibt der Konzern Kohle weiterhin den Vorzug vor dem Ausbau erneuerbarer Energien. Als die Windräder abgebaut wurden, war das Dorf Lützerath einige hundert Meter weiter noch von Klimaaktivist*innen besetzt, die angetreten waren, an dieser roten Linie das 1,5-Grad-Ziel zu verteidigen. Doch statt die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich mit voller Kraft für eine Energiewende einzusetzen, die die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen samt den Staaten und Konzernen, die sie liefern, beendet, werden Klima-Aktivist*innen auch von der Ampelkoalition lächerlich gemacht und kriminalisiert. Eine absurde Entwicklung, bei der diejenigen Ober-

wasser haben, die das Ziel, eine lebenswerte Welt zu erhalten, nicht ernst nehmen oder für die wahre Gefahr halten. Dabei kann dieses Ziel nur erreicht werden, wenn die Menschen ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass eine klimagerechte, soziale Energiepolitik dafür alternativlos ist. Deshalb mischt sich auch Attac an vielen Stellen in den öffentlichen Diskurs um Energiefragen ein: Wir müssen so viele Menschen wie möglich erreichen, um eine Basis für eine gemeinsame Energiewende schaffen.

Damit uns das gelingt, unterstütze das Engagement von Attac für eine soziale und klimafreundliche Politik mit deiner Spende!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. **Herzlichen Dank!**



Foto: acmphoto.de

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter: attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2301

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE